

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

26.7.1929 (No. 171)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher
Redakteur
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Kuenb.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsvoller Vortreibung, rad. Konturverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Krise in Frankreich

Möglichkeit eines Rücktritts Poincarés

WTB. London, 26. Juli. (Tel.) Bertinax meldet dem "Daily Telegraph" aus Paris, es verlautet nach der Ärztekonferenz von gestern vormittag, daß die Wiederherstellung Poincarés möglicherweise ziemlich Zeit erfordern werde. Die Ärzte wollten eine endgültige Ansicht erst nach Verlauf von drei Tagen aussprechen, aber der Rücktritt Poincarés müsse als eine Möglichkeit angesehen werden. Alles deutet darauf hin, daß Poincaré nicht in der Lage sein werde, persönlich an der kommenden Reparationskonferenz teilzunehmen. Briand werde in diesem Falle die französische Delegation führen.

WTB. Paris, 26. Juli. (Tel.) Wie Havas berichtet, soll in politischen Kreisen das Gerücht im Umlauf gewesen sein, daß der Gesundheitszustand Poincarés gestern weniger zufriedenstellend gewesen sei, als die 1. Untersuchung der Ärzte es hätte hoffen lassen. Man habe sogar behauptet, daß nach der Untersuchung die Möglichkeit eines chirurgischen Eingriffs ins Auge gefaßt worden sei. Entgegen diesen Gerüchten heißt es — dem Havasbericht zufolge — in unterrichteten Kreisen, daß erst am nächsten Dienstag eine Diagnose der Erkrankung des Ministerpräsidenten gestellt werden könne, da die vorgelegene Untersuchung des Kranken infolge der Abwesenheit eines der behandelnden Ärzte hinausgeschoben werden müsse. Wie das "Echo de Paris" mitteilt, werden außer dem Hausarzt die beiden Spezialärzte Coiffet und Marion — letzterer ein Nierenarzt — an der Konsultation teilnehmen. Sie soll erfolgen, um festzustellen, ob Poincaré an der Regierungskonferenz im Haag teilnehmen könne.

Die französischen Kriegsschulden

Die französische Kammer hatte sich Donnerstag vormittag, wie angekündigt, mit dem von der Regierung genehmigten Abschlußbericht über die Herstellung einer budgetmäßigen Verbindung zwischen den Reparationszahlungen und den Leistungen an England und Amerika auf Grund der Schuldenabkommen zu beschäftigen.

Im Verlauf der Aussprache, in der wiederum die Haltung Amerikas auf wirtschaftlichem Gebiete kritisiert wurde und in der der Gedanke einer europäischen Föderation erwähnt wurde, erklärte Außenminister Briand: Ohne irgendwelche Feindseligkeit gegen eine Macht hege ich die Hoffnung, daß Amerika, das gegenwärtig unseren General Gouraud so begeistert empfängt, sich an der Bewegung beteiligen wird, die eine gerechte Verteilung der Kriegsschulden zu erwägen haben wird. Ein Antrag, im Entwurf das Wort „ausschließlich“ einzufügen, so daß das Gesetz bestimmen würde, daß auf der Aktivseite des zu veröffentlichen Kontos ausschließlich Einkünfte aus den von Deutschland zum Zwecke der Zahlungen der französischen Kriegsschulden geleisteten Summen erscheinen, wurde, obwohl der Finanzminister sich gegen diesen Antrag aussprach, mit 421 gegen 172 Stimmen ohne Enthaltungen angenommen.

Später hat die Kammer den Gesetzentwurf über die Aufbringung der Mittel zur Erfüllung der Schuldenabkommen mit London und Washington, in dem eine Verbindung zwischen den Schuldenszahlungen und den Reparationszahlungen hergestellt werden sollte, mit 390 gegen 200 Stimmen abgelehnt, nachdem sie ihn vorher durch zwei Zusatzanträge abgeändert hatte. Die Regierung hat jedoch erklärt, daß sie nicht in der Lage sein würde, einen abgeänderten Text vor dem Senat zu vertreten.

Die Bauernsiedlung im Osten

Über die Entwicklung der Siedlungsstätigkeit in Preußen im Jahre 1928 werden von amtlicher Seite folgende Mitteilungen gemacht:

Der Anfang 1928 in der Hand der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen befindliche Landvorrat von insgesamt rund 91 800 Hektar hat sich bis Ende 1928 um rund 8 Prozent auf rund 99 100 Hektar erhöht. Neu erworben worden sind von den Siedlungsorganen oder durch ihre Vermittlung insgesamt rund 65 400 Hektar, das sind zwar rund 90 Prozent mehr als 1926, aber rund 4 Prozent weniger als im Vorjahre. An dem Rückgang des Neuerwerbs um rund 2400 Hektar hat nur der Osten teil. Nach Art des Siedlungslandes ist hauptsächlich weniger Moor- und Obland und Land aus sonstigen fiskalischen Besitz genommen worden. Von dem Gesamtterwerb entfallen rund 53 700 Hektar — rund 82 Prozent auf die östlichen Landbestände. Als Landbestand sind den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen am Jahresende 1928 noch rund 99 100 Hektar verblieben.

Durch Vermittlung der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen sind im Jahre 1928 im ganzen 3555 Stellen auf rund 45 000 Hektar neu begründet worden gegen 2623 und 1628 Siedlungsstellen auf rund 33 400 Hektar und rund 22 200 Hektar in den beiden Vorjahren. Das Schwergewicht der Siedlungsarbeit liegt noch stärker als im Vorjahre in den sieben östlichen Landesteilen. In der Größe der 1928 ausgelegten Siedlungsstellen zeigen sich gegenüber den Verhältnissen des Vorjahres infolgedessen Verschiebungen, als Pflanzstellen im Umfang von unter einem halben Hektar seltener, Stellen in allen übrigen Größenklassen von einem halben Hektar und mehr jedoch häufiger begründet sind. Mehr als drei Viertel (rund 77 Prozent) der neuen Ansiedlungen — ohne die Stellen unter einem halben Hektar — sind von den Siedlungsorganen als Bauernbetriebe ausgestattet. Angestiedelt worden sind im Berichtsjahre 15 077 Personen, davon waren 3555 Neusiedler mit 11 521 Familienangehörigen. Weitauß die meisten Ansiedler — rund 2740 — 77 Prozent — stammen aus der Provinz, in der sich die Ansiedlerstelle befindet. Zur Ansiedlung sind 1928 insgesamt rund 5900 Hektar verwendet worden.

Letzte Nachrichten

Der Haag Konferenzort

Zustimmung Frankreichs

WTB. London, 26. Juli. (Tel.) Bertinax meldet aus Paris: Was den Tagungsort der Konferenz betrifft, so wird heute in Brüssel die Entscheidung getroffen werden. Die französische Regierung hat dem Haag zugestimmt. Es ist jedoch jetzt Sache des britischen Botschafters in Brüssel, die Zustimmung der belgischen Regierung zu erlangen. — Aus Brüssel meldet "Daily Telegraph" zu den dringenden Vorstellungen der Geschäftsträger Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der belgischen Regierung, in politischen Kreisen werde allgemein geglaubt, daß die belgische Regierung den Wünschen ihrer Nachbarn nachkommen werde.

M. Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) An zuständiger Stelle nimmt man an, daß die Einladungen nach dem Haag in zwei bis drei Tagen versandt werden, und glaubt, daß es noch möglich sein wird, am 6. August die Konferenz beginnen zu lassen. Trotz der Urlaubszeit sei man deutschseits mit der Vorbereitung des Materials fertig und jederzeit bereit, am Konferenztag zu erscheinen.

In politischen Kreisen urteilt man allerdings zum Teil anders und sieht die Dinge pessimistischer an, vor allem, weil noch die Zustimmung der Amerikaner eingeholt werden muß, und weil man nicht weiß, wen sie als Beobachter entsenden. Vor allem aber sieht man darin, daß das Organisations Komitee nicht, wie es Deutschland verlangte, vorher zusammentritt, eine sehr erhebliche Erschwerung der Organisation und sagt, daß, wenn man nicht am 6. August beginnen könne, es für Deutschland keinen Zweck mehr habe, die Konferenz im August überhaupt zusammentreten zu lassen, weil sonst die Gefahr bestehe, daß zwar der Youngplan durchgeprochen, aber nicht die Räumungsfrage erledigt werde. Man glaubt, daß auch die französische Politik der deutschen erheblich überlegen ist und gerade durch ihre Samfeligkeit erreichen sollte, daß die Zeit so kurz wird, daß eine Teilung sich von selber ergibt.

Das Befinden des Reichskanzlers

Weitere Besserung

WTB. Berlin, 26. Juli. (Tel.) Aus Heidelberg wird mitgeteilt: „Da der Verlauf des Heilungszustandes der Operationswunde des Herrn Reichskanzlers ein durchaus normales ist, kann von der weiteren Herausgabe täglicher Krankheitsberichte abgesehen werden.“

Der englische Premierminister MacDonald richtete an Reichskanzler Müller folgendes Telegramm: „Ich erhalte mit lebhafter Befriedigung von der erfolgreichen Operation Kenntnis, der sich Ew. Exzellenz unterzogen haben. Nehmen Sie bitte meine Glückwünsche und herzlichsten Wünsche für baldige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit entgegen.“

Professor Baust beim Reichspräsidenten

WTB. Berlin, 26. Juli. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute den deutsch-amerikanischen Historiker Prof. Baust von der Cornell-Universität.

Der Strafantrag im Prozeß Ullrich

WTB. Rastatt, 26. Juli. (Tel.) Nach 1½stündigen Plaidoyers beantragte Staatsanwalt Mallowski gegen den Angeklagten Ullrich eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr.

Konflikt am italienischen Königshof

Der Kronprinz gegen Mussolini

Pr. Paris, 26. Juli. (Priv.-Tel.) „Chicago Tribune“ meldet aus Rom, daß dort in Hoffreien Gerüchte über einen sehr schweren Konflikt zwischen dem König Viktor Emanuel und dem Kronprinzen umgeben. Dieser Streit gehe auf verschiedenartige politische Auffassungen zurück, wie auch bekannt ist, daß der Kronprinz ein ausgesprochener Gegner Mussolinis ist. Es wird behauptet, daß man den Versuch von Apulien, den Vater des Kronprinzen und den einzigen Thronerben, den außer ihm vorhanden ist, sehr scharf bereits gegen ihn auszuspielen, um ihn für den Ernstfall an seiner Stelle zu verwenden.

Der frühere mexikanische Präsident Calles traf in New York ein, um von dort heute nach Europa abzureisen. Calles wird während seines sechsmonatigen Aufenthalts in Europa das Eisenbahnwesen studieren, um Erfahrungen für die Reorganisation der mexikanischen Bahnen zu sammeln. Er wird auch in Deutschland längere Zeit verbringen.

Wirtschaftliche Umschau

Der Einheitsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften — Kali — Gasfriebe? — Großkraftwert Mannheim

Mit der Schaffung des Einheitsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften ist ein ganz bedeutender Schritt für die Befreiung der Lage unserer Landwirtschaft getan. Rund 36 000 Genossenschaften mit fast 4 Millionen Mitgliedern wird der neue Verband umfassen, der auf strenger Neutralität aufgebaut ist, und mit dem die Landwirtschaft allen anderen Berufsständen vorausgeht. Auch die tausend bayerischen Genossenschaften heimischer Richtung schlossen sich nachträglich an. Aus gesetlichen Gründen wird, um die Fusion schneller effektiv machen zu können und den Umweg über die vorherige Liquidation der bisherigen Verbände zu vermeiden, die Ermächtigung zur direkten Fusion durch Reichstagsbeschluss angestrebt.

Mit dem Zusammenschluß ist jedoch lediglich die Vorbedingung zu erproblicher Arbeit geschaffen. Ein ungeheures Aufgabengebiet bleibt den ländlichen Genossenschaften auf dem Gebiet der Neuordnung der Produktion und des Absatzes. Das Ziel steht fest: Eine Reihe von Agrarprodukten ist zu standardisieren. Nur mit gleichmäßiger und hoher Qualität wird die deutsche Landwirtschaft der Konkurrenz des Auslands begegnen können, die namentlich in Holland, den nordischen Ländern und Amerika einen großen Vorsprung hat. Auf manchen Gebieten wird diese Arbeit um so schwieriger sein, als auch Nachteile des deutschen Klimas und Bodens zu überwinden sind. Nur durch Steigerung der Rentabilität der bäuerlichen Betriebe wird auch deren Kreditwürdigkeit erhöht, und der daraus entstehende Kredit wird die Voraussetzung für die finanzielle Befreiung der Landwirtschaft und ihrer Genossenschaften sein.

Diese haben mitunter eine recht unglückliche Finanzpolitik betrieben, so daß die erste Hauptaufgabe nach der Verschmelzung (wie auch der Hauptantrieb dazu) die Sanierung des Genossenschaftswesens ist. Eigentliche Aufgabe erparten Eigenkapitals und Zuführung dieser Gelder an die kreditbedürftigen Berufsgenossen. Seit langem war dies nicht mehr so wie in der Vorkriegszeit möglich. Man war in erster Linie darauf angewiesen, über die vom preussischen Staat begründete Preußenkasse öffentliche Gelder zu bekommen, und dabei wird es vorerst auch weiter in großem Umfang bleiben. Zimmerhün verfügen die Spartassen bereits wieder über 1,36 Milliarden eigene Spargelder, denen etwa 700 Millionen Kredite bei der Preußenkasse gegenüberstehen. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird es den Genossenschaften schließlich gelingen, kapitalkräftiger und selbständiger zu werden.

Die komplizierte Situation zwischen den großen Kalikonzernen (im ganzen gibt es 8 Konzerne) schien sich im vergangenen Jahr zu klären, als zwischen dem Wintershallkonzern und dem Burbach-Gumbel-Krüggershallkonzern (der auch an dem badischen Gruben beteiligt ist) durch eine Vereinigung der gegenseitigen Beteiligungen und gegenseitiges Desinteressement für die Zusammenarbeit auf kalchemischem Gebiet gewisse Voraussetzungen geschaffen waren. Gerade hier aber haben sich nun Gegenstände anscheinend machtpolitischen Art herausgestellt, die das Zustandekommen des so oft angekündigten Kalitrusts wieder in die Ferne rücken. Die beiden voneinander völlig unabhängigen Konzerne bauen mit Eifer ihre chemischen Unternehmungen aus. Wintershall betreibt zusammen mit Wödrner bereits eine Stickstoffanlage, in der der Konzern nun selbst seinen Stickstoffbedarf für die Stickstoffdüngerproduktion deckt, und ist anscheinend bestrebt, gegenüber Burbach auf diesem Gebiet die Führung zu eringen. Dieser Kampf liegt kaum im Interesse einer Rationalisierung der deutschen Produktion, zumal beide Konzerne auch als Konkurrenten auf dem Geldmarkt auftreten und der Kapitalmangel die Fortschritte, die auf kalchemischem Gebiet zu erwarten gewesen wären, zu hemmen droht.

Man wird sich übrigens in bezug auf den Kaliabsatz selbst nicht bekämpfen und ist in gleicher Weise an der Hochhaltung der Preise, schon wegen des beiderseitigen Geldbedarfs, interessiert. Die Abfahrgelung durch das Kalisyndikat, dessen Abfahrmengen an Kali dauernd steigen, hat sich für die Kaliindustrie gut bewährt. Dieser

Lage hat ein Unterausschuss des Enqueteausschusses für Handel und Industrie, von dessen Gutachten es abhängen wird, wie sich die Reichsregierung zu den Wünschen einer Preisermäßigung verhalten wird, einen Bericht herausgegeben, der eine recht günstige Lage der Stahlindustrie infolge der schon vor der Stabilisierung eingeleiteten Rationalisierung und der vollen Ausnutzung der Produktionsfähigkeit feststellt. Der Bericht hält eine Preisreduzierung für durchaus möglich, zumal dadurch eine weitere Absatzsteigerung und eine noch günstigere Entwicklung der fixen Unkosten zu erwarten seien. Beanstandet wird die Zusammenfassung des Reichsleiters, der die Aufgabe hat, die vom Kalifornien, der Verkaufsorganisation der Unternehmungen, festgesetzten Preise zu kontrollieren. Die Verbrauchervertreter seien z. T. den Verteilerorganisationen entnommen, bei den Arbeitnehmervertretern spiele auch das Interesse an der Lohnhöhe mit.

Das nun abgeschlossene Abkommen zwischen der Ruhr-Gas-AG und der Ferngasgesellschaft Saar m. b. H. nimmt einmal die Lösung eines Problems vorweg, das mit der Wiederangliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich akut werden wird, und bereitet außerdem eine Verständigung in der südwestdeutschen Gasfrage zwischen Ruhr, Saar und der Frankfurter Gasgesellschaft vor. Es ist unter Mitwirkung der preussischen Regierung zustande gekommen, die sichlich bezieht, in dieser wichtigen Versorgungsfrage zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft zu vermitteln, und nach der Rückgabe des Saargebietes und dem Rückwerb der Saargebiete auch selbst direkt an der Angelegenheit interessiert sein wird.

Das Abkommen sieht ein alleiniges Versorgungsgebiet der Saar und ein gemeinsames Interessengebiet Ruhr-Saar vor. Die Saar erhält für sich ein Gebiet, das nach Norden begrenzt wird von einer Linie Neuenburg-Eifel-Münster am Stein und der Nordgrenze der linksrheinischen heftigen Provinz Rheinbessen, nach Osten bildet der Rheinstrom die Grenze, so daß also die Pfalz der Saarversorgung überwiegend bleibt. Das gemeinsame Interessengebiet umfaßt u. a. die Länder Hessen, Baden und Württemberg, wird im Norden von der Linie Bullay-Nofel-St. Goar begrenzt, umfaßt den Bezirksverband Nassau sowie einen Teil von Hessen-Kassel, so daß sich also auch Frankfurt innerhalb des gemeinsamen Gebiets befindet. Die Gebiete nördlich davon bleiben der Ruhr. Die Ferngaslieferung in dem gemeinsamen Gebiet wird, da die Saar zunächst nur Süttengas liefern kann, zwischen Ruhr und Saar im Verhältnis von 70 zu 30 aufgeteilt. Es ist die Gründung einer großen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft geplant, die sämtliche Kraftgruppen in der südwestdeutschen Gaswirtschaft zusammenfassen soll. Damit ist die gesamte Situation in der Gasfrage gründlich geändert, und auch in Frankfurt rechnet man, wie aus der dortigen Presse zu entnehmen ist, mit einer Neuorientierung der Frankfurter Gaspolitik.

Das Großkraftwerk Mannheim, das größte Dampfkraftwerk Badens, das trotz allen Ausbaus der Wasserkraft die größte Bedeutung für die Spitzenversorgung mit elektrischem Strom behalten wird, erfährt gegenwärtig einen weiteren Ausbau. Die dafür in Aussicht genommenen Summen sind um 2,3 Millionen überschritten worden, da weitere Vergrößerungen vorgenommen wurden. Das 1928 von 2 auf 4 Millionen erhöhte Stammkapital soll nun eine weitere Erhöhung auf 6 Millionen erfahren, um es zu den aufgenommenen und aufzunehmenden Anleihemitteln in ein besseres Verhältnis zu bringen. Von den bisherigen Großaktionären werden sich die in Staatsbesitz befindliche Badenwerk-AG. (bisherige Beteiligung rund 1 Mill. = 26 Proz.) und die Redar-AG. (bisherige Beteiligung 580 000 = 17,75 Proz.) an der Kapitalerhöhung nicht beteiligen, so daß also die Stadt Mannheim und die Pfalzwerke AG. je eine Million zu übernehmen haben. Davon ist vorläufig je ein Viertel einzuzahlen. Damit werden künftig Mannheim und die Pfalzwerke mit je 36,75 Proz., das Badenwerk mit 17,33 Proz. und die Redar-AG. mit 9,17 Proz. beteiligt sein. Das Badenwerk hat sich ein Vetorecht bei bestimmten Vorgängen, Auflösung, Veräußerung, Fusion, Befreiung des Aufsichtsrats usw. ausbedungen, was von der Stadt Mannheim und den Pfalzwerken akzeptiert wurde. Die heutige Mannheimer Bürgerauschuhfabrik wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die Schweiz, das Land der Elektrizität

Die großen Wasserkraftwerke stellen für die Schweiz eine schätzenswerte Quelle von Reichtum dar, der teilweise den Mangel an mineralischen Brennstoffen ausgleicht. Die Verwertung dieser Wasserkraftwerke schreitet schnell vorwärts. Während der letzten zehn Jahre wurden Werke für total 743 000 PS gebaut, gegen 620 000 PS von 1911 bis 1920, 387 000 PS von 1901 bis 1910 und nur 121 000 PS von 1891 bis 1900.

Die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der schweizerischen Kraftwerke beträgt 2 142 000 PS. Die Ausbarmachung von 478 000 PS ist gegenwärtig im Gange und eine große Anzahl anderer Werke für alle Gegenden der Schweiz in einer Gesamtstärke von 780 000 PS vorgesehen.

Im Jahre 1928 erreichte die Leistung der elektrischen Werke 5,3 Milliarden Kilowattstunden, gegen 1,7 Milliarden im Jahre 1913. Diese Leistung verteilt sich wie folgt: Licht, Wärme und Kraft: 1700 Millionen Kilowattstunden. Bahnen: 610 Millionen Kilowattstunden. Chemische und metallurgische Industrien: 1760 Millionen Kilowattstunden. Kleinere Eigenbetriebe: 200 Millionen Kilowattstunden. Ausfuhr: 1084 Millionen Kilowattstunden.

Die Schweiz ist eines der Länder mit verhältnismäßig am meisten elektrischer Energie.

Der russisch-chinesische Konflikt

Einführung direkter Verhandlungen?

WTB. London, 26. Juli. (Tel.) Daily Telegraph meldet aus Peking vom Mittwoch, daß in Tschangtschu, dem südlichen Endpunkt der Ostchinesischen Bahn, Besprechungen zwischen den Bevollmächtigten der Ankerregierung, General Tschangtsjo Sian, und dem russischen Generalkonsul in Chardin, Melnikoff, begonnen hätten. Es verlautet, daß Chinas Haltung die sei, daß General Lu durch die Ausweisung der hauptsächlichsten russischen Beamten seine Befugnisse überschritten habe, und daß China den Grundsatze der gemeinsamen Kontrolle der Bahn anerkenne. Dies eröffne den Weg für Verhandlungen. Es werde angenommen, daß der Weg für eine friedliche Regelung des Streitfalles gegeben sei. Neuer meldet dagegen aus Tokio: Einem Telegramm aus Chardin zufolge sind der russische Generalkonsul Melnikoff, der russische Bizevorsteher im Vorstand der Ostchinesischen Bahn, Gharbin, und 21 andere Russen am Donnerstagmorgen nach der Grenzstation Mandschuri abgefahren, um sich nach Sibirien zu begeben.

WTB. Paris, 26. Juli. (Tel.) Der „Chicago Tribune“ wird aus Peking gemeldet, man nehme an, daß China bereit sei, wegen der Beschlagnahme der Ostchinesischen Eisenbahn eine Entschuldigungsverordnung zu erlassen. Auch sei die nationalistische Regierung bereit, die meisten der bei der Beschlagnahme verdrängten russischen Beamten wieder in ihre Posten einzusetzen. Die Ankerregierung erkenne also den Grundsatze der gemeinsamen Kontrolle der Eisenbahn an. In Peking herrsche eine optimistische Atmosphäre. Die chinesische Friedensdelegation werde sich nach Chardin begeben und von da nach der Stadt, die die Russen als Konferenzort vorschlagen werden.

Botschafterkonferenz bei Stimson

WTB. Washington, 26. Juli. (Tel.) Die „Baltimore Sun“ berichtet, war bei der Besprechung, die Staatssekretär Stimson gestern mit den Vertretern Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens hatte, auch der japanische Botschafter zugegen. Über das Ergebnis der Besprechung wird nach wie vor strenges Stillschweigen bewahrt, das erst gelüftet werden dürfte, wenn die von den genannten Mächten erbetenen Antworten auf die Vorschläge der amerikanischen Regierung zur Beilegung des russisch-chinesischen Konfliktes eingetroffen sind.

Keine deutsche Vermittlung

Die Gerüchte von einer deutschen Vermittlung im russisch-chinesischen Konflikt sind, wie jetzt in Berlin erklärt wird, nicht begründet. Es hat den Anschein, als ob es zwischen den beiden Parteien zu direkten Verhandlungen kommen würde. Amerika hat bei allen Mächten, auch Deutschland, angeregt, dahin zu wirken, daß alle dem Kelloggplan angeschlossenen Mächte im Geiste des Antirriegsvertrages ihren Einfluß für eine friedliche Beilegung geltend machen. Deutschland würde gar nicht in der Lage sein, in dem Konflikt als Schlichter direkt zu vermitteln, da sich das mit der, absoluten Neutralität erforderlichen Aufgabe nicht vertrüge, die ihm durch Übernahme der konsularischen Vertretung der beiden Mächte zugefallen ist.

Über die Lage in der Mandschuri

liegen verschiedene Meldungen vor. Russische Nachrichten behaupten, daß die von Gewalttaten begleiteten Massenverhaftungen von Sowjetbürgern andauern. Es verlautet, daß weingardistische Banden gegen die Sowjetregierungen vorrücken. Chinesische Kruppen beschossen Sowjetflugzeuge, die Mandschuri überflogen. — Zwischen chinesischen und russischen Flugzeugen soll es beim Überfliegen von 16 Sowjetflugzeugen über Mandschuri zu einem Feuergefecht gekommen sein. Entgegen anderslautenden Gerüchten ist die Lage in Chardin sehr ruhig. Man glaubt, daß eine beträchtliche Entspannung eingetreten ist.

Die Steigerung der kanadischen Selbständigkeit

Einem Bericht aus Montreal ist zu entnehmen: Man ist in Europa gern geneigt, anzunehmen, daß früher oder später Kanada als „reife Frucht“ den Vereinigten Staaten in den Schoß fallen würde. Davon ist aber tatsächlich gar keine Rede. In politischer Hinsicht dürfte die Zahl derer in Kanada, die eine Vereinigung mit den Vereinigten Staaten wünschen, sehr gering sein. Die Konservativen neigen zu einer engen Verbindung mit Großbritannien, die Liberalen, bei denen die französischen Kanadier eine große Rolle spielen, suchen zwar die Bande, die Kanada mit England verknüpfen, zu lösen, aber keineswegs im Interesse der Vereinigten Staaten, weil sie ähnlich zur vollen Autonomie hinneigen, wie etwa die gegenwärtig in Südafrika herrschende radikale Burenpartei.

Was nun die wirtschaftliche Selbständigkeit anbelangt, so ist es richtig, daß die Vereinigten Staaten einen ziemlich starken Einfluß auf das kanadische Wirtschaftsleben ausüben, schon dadurch, daß Amerikaner für etwa 3,5 Milliarden Dollars kanadische Wertpapiere im Besitze haben. Das ist eine recht erhebliche Summe, und die Amerikaner übertreffen darin bei weitem die Engländer, die nur für 2,2 Milliarden Dollars kanadischer Werte besitzen, aber die 3,5 Milliarden stellen doch nur etwa 1/4 der sich auf ungefähr 14 Milliarden beziffernden im Umlauf befindlichen kanadischen Wertpapiere dar.

Dazu kommt aber ferner noch, daß Kanadier amerikanische Werte in Höhe von ungefähr 900 Millionen Dollars besitzen. Das ist freilich nur 1/4 dessen, was die Amerikaner an kanadischen Wertpapieren im Besitze haben, aber man muß doch auch bedenken, daß Kanada kaum 10 Millionen Einwohner hat (nach der letzten Volkszählung von 1921 waren es 8,8 Millionen, inzwischen dürfte etwas über eine Million hinzugekommen sein). Die Vereinigten Staaten hingegen zählen über 110 Millionen Einwohner, also zwölfmal so viel als Kanada. Demgemäß besitzt auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet jeder Kanadier etwa viermal so viel an amerikanischen Wertpapieren, als jeder Amerikaner an kanadischen. So ist also das Verhältnis ein für Kanada eigentlich recht günstiges.

Dazu kommt nun noch, daß die Kanadier darauf aus sind, sowohl die in britischen wie die in amerikanischen Händen befindlichen kanadischen Werte nach und nach zurückzuerwerben, wie sie überhaupt bemüht sind, sich in wirtschaftlicher Hinsicht mehr und mehr frei zu machen, auch von ihren Nachbarn im Süden. So ist z. B. aus den Vereinigten Staaten nach Kanada die Kohleneinfuhr ganz wesentlich zurückgegangen. Kanada bezog vor fünf Jahren etwa 20 Millionen Tonnen Kohlen verschiedener Art aus den Vereinigten Staaten, im letzten Jahre aber waren es nur noch 10 1/2 Millionen, so daß also die Einfuhr an Kohlen sich um 3,5 Millionen Tonnen verringert hat. Das ist darauf zurückzuführen, daß einmal in Kanada mehr als früher kanadisches Brennmaterial verwendet wird, vor allem aber darauf, daß die elektrische Kraft, über die Kanada dank seinem großen Wasserreichtum beliebig verfügen kann, mehr und mehr für Industriewerke ausgenutzt wird.

Die Auswirkungen des Rücktritts Lord Lloyd

Das Hauptereignis des Tages bildet in London die Aussprache über die Gründe des Rücktritts des britischen Oberkommissars in Ägypten, Lord Lloyd. Vom Oberhaus wird der heutigen Erklärung des Außenministers Henderson im Unterhaus mit ganz besonderem Interesse entgegengelesen. Star hält es nicht für ausgeschlossen, daß Lord Lloyd die Nachfolgerschaft Lord Honds angeboten werden wird. „Evening News“ rechnet mit der Möglichkeit, daß die Regierung das Amt eines Oberkommissars für Ägypten vollkommen aufhebt und statt dessen einen britischen Votschafter oder Gesandten in Kairo entsendet. Die Unterhausdebatte über Lord Honds Rücktritt wird von Baldwin eröffnet.

Englisch-russische Annäherung. Durch Vermittlung der norwegischen Regierung hat die Sowjetregierung auf die englische Anregung, zum Zwecke von Besprechungen über die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland Vertreter nach London zu entsenden, geantwortet. Der englische Vorschlag wird begrüßt und mitgeteilt, daß der russische Votschafter in Paris, Dowgalewski, beauftragt sei, sich nach London zu begeben.

Neue Probeflüge von Do X

Die aus Friedrichshafen gemeldet wird, führte das neue zweimotorige Flugzeug „Do. X“ der Dornierflugzeugwerke am Donnerstagmorgen neuerdings drei Flüge aus. Wie mitgeteilt wird, betrug bei jedem dieser Flüge das Abfluggewicht der Maschine etwa 48 Tonnen, was bei einem Eigengewicht des Flugzeuges von 25 Tonnen eine Zuladung von ungefähr 23 Tonnen oder 460 Personen ausmacht. Bei den Flügen am Dienstag und Mittwoch hatte die „Do. X“ bereits ein Abfluggewicht von 41 bzw. 45 Tonnen. Die Leistungsprüfungen werden fortgesetzt.

Dezentralisierte Eingemeindung

In Frankfurt a. M. ist zum ersten Male der Versuch gemacht worden, bei der Eingemeindung einer Nachbargemeinde, nämlich der Stadt Höchst, dieser ein weitreichendes Stück Selbstverwaltung zu überlassen. Nachdem der Versuch der Schaffung eines Verbandes Groß-Frankfurt seinerzeit völlig mißglückt war, glaubte man allgemein, daß es in der kommunalen Gestaltung nur die beiden Möglichkeiten: Eingemeindung unter völliger Auflösung der eingemeindeten Verwaltung oder Selbstständigkeit der bisherigen Gemeindeverwaltungen nebeneinander gebe. In Frankfurt a. M. ist jetzt der Beweis geliefert worden, daß es noch eine dritte Möglichkeit gibt, nämlich Eingemeindung unter Erhaltung eines Teiles der Selbstständigkeit der eingemeindeten Verwaltung. Wie sich im Jahre 1871 die Länder Preußen, Bayern, Baden usw. dem Reich untergeordnet und einen Teil ihrer Rechte und Funktionen an dieses abgegeben, hat den übrigen Teil aber vorbehalten haben, so hat sich auch die Stadt Höchst an Frankfurt a. M. angeschlossen, ohne ganz in dieser Großstadt aufzugehen.

Die Teilung der Zuständigkeiten zwischen der Frankfurter Stadtverwaltung und der ihr unterstellten Höchster Selbstverwaltung erfolgt derart, daß Höchst ein selbständiger Bezirk der Großstadt Frankfurt geworden ist, das einem besonderen Bezirksamt untersteht. Die Zuständigkeit dieses Bezirksamtes beschränkt sich auf bestimmte Verwaltungszweige, wie z. B. Standesämter, Marktangelegenheiten, Bezirkskasse, ferner auf die Sozialfürsorge, das Gesundheitswesen, die Kultur- und Volksbildungsaufgaben und die Wohnungsfürsorge. Der Frankfurter Zentralverwaltung sind dagegen alle Finanzangelegenheiten, das Bau- und Siedlungswesen, die städtischen Anstalten und Betriebe übertragen worden. Zu den letzteren gehören auch das Höchster Krankenhaus und die Spartasse, doch läßt auf diese Institute die Höchster Bevölkerung durch die von ihr gewählten Räte einen starken Einfluß aus.

Die Selbstverwaltung der in Frankfurt a. M. eingemeindeten Stadt Höchst wird durch einen Bezirksrat geleitet, der aus 25 von der Höchster Bevölkerung gewählten Bezirksvertretern sowie aus den in Höchst gewählten fünf Frankfurter Stadtverordneten besteht. Der Bezirksrat hat natürlich nicht die vollen Rechte einer Stadtverordnetenversammlung. Er hat z. B. nicht das Recht, über den Etat zu beschließen, sondern kann nur Wünsche und Anregungen zum Haushaltsplan äußern. Er tagt nur alle vier Wochen, allerdings öffentlich und unter Vorsitz des früheren Bürgermeisters, der jetzt Stadtrat von Frankfurt geworden ist. Er schlägt außerdem fünf Bürgerstadtschlichter für die Bezirksverwaltung vor, die von den Stadtverordneten zu wählen sind. Außer diesen fünf Bürgerstadtschlichtern gehören der Höchster Bezirksverwaltung noch zwei Magistratsmitglieder und zwei Stadtverordnete an. Wenn eine Frankfurter Deputation über eine Frage verhandelt, die den Höchster Bezirk betrifft, so müssen mindestens zwei Höchster Vertreter an den Beratungen teilnehmen.

So hat die Höchster Selbstverwaltung trotz der Eingemeindung in Frankfurt bedeutungsvolle Rechte behalten. Die dezentralisierte Verwaltung einer Großstadt hat sich hier durchaus bewährt, denn sie bietet die Möglichkeit, dem eingemeindeten Bezirk ein gewisses Eigenleben zu ermöglichen. Trotzdem wird natürlich auch diese dezentralisierte Eingemeindung von den in der Nähe von Großstädten gelegenen Mittel- und Kleinstädten als ein Übel angesehen werden. Was dieses Übel gegenüber dem bisher vielfach geübten Verfahren völliger Auflösung durch die Großstadt eine Milderung bedeuten, die Bildung von Mammutsstädten ist und bleibt ein ungeeignetes Mittel zur Erhaltung kommunaler Selbstverwaltung. Vielleicht aber gelangt man, wenn man auf dem in Frankfurt eingeschlagenen Wege fortsetzt, zur Bildung gemeindlicher Zweckverbände, die die Erhaltung voller kommunaler Selbständigkeit der großen wie der kleinen Gemeinden ermöglichen.

Ein deutsches „Bühnenschiff“

In Hamburg ist am Donnerstag ein Kreis von Kunstfreunden mit einem neuartigen Plan deutscher Werbung im Auslande an die Öffentlichkeit getreten. Es handelt sich darum, deutsches Kunstschaffen, insbesondere deutsches Theater, in den Ländern des Kontinents und in Übersee durch das Mittel eines Bühnenschiffes zu propagieren. Die Unternehmer haben einen viermasteden Schoner von 80 Meter Länge und 13 Meter Breite erworben, mit dem sie nach großzügigen Aus- und Umbau, durch den das Fahrzeug mit einem regulären Kammertheaterraum für 500 Zuschauer ausgestattet wird, eine zunächst für 18 Monate berechnete Werbefahrt nach Süd- und Nordamerika antreten wollen. Geht alles nach Wunsch, so wird das deutsche Bühnenschiff „Pro Arte“, das etwa eine Verbindung zwischen dem bekannten Messerschiff und dem amerikanischen „Showboat“ darstellt, im Januar 1930 den Hamburger Hafen verlassen. Die „Pro Arte“ wird neben ihrer Eigenschaft als Bühnenschiff, Kunst- und Kunstgewerbeausstellungen bringen und durch eine Schau deutscher Qualitätserzeugnisse für heimische Arbeit zu werden suchen.

Als Freund und Förderer des Unternehmens, das jetzt nach zweijähriger Vorarbeit die Öffentlichkeit mit seinem Abichten bekanntmacht, zeichnet eine ganze Reihe namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vor allem der Kunstwelt,

Die Wohnverhältnisse der kinderreichen Familien Freiburgs

Im Hinblick auf den erheblichen Geburtenrückgang, welcher in Deutschland seit zwei Jahrzehnten festzustellen ist und seit Beendigung des Krieges einen beängstigenden Umfang angenommen hat, kommt den kinderreichen Familien eine besondere nationale, kulturelle und soziale Bedeutung zu. Da es diesen Familien bei der heutigen Wohnungsnot außerordentlich schwer fällt, eine ausreichende Wohnung zu finden, deren Miete auch tragbar ist, sowie angesichts der Unzulänglichkeiten, die das Zusammenleben mehrerer Familien in einer Wohnung mit sich bringt, wurde anlässlich der Reichswohnungszählung von 1927 für die Großstädte eine besondere Auszählung der kinderreichen Familien vorgenommen, welche vom badischen Statistischen Landesamt auch auf die Stadt Freiburg ausgedehnt wurde. Als kinderreiche Familien galten Elternpaare oder Elternreihe mit mindestens vier lebigen Kindern, von denen wenigstens eines unter 18 Jahren alt sein mußte. Familien, in denen nur Kinder mit 18 und mehr Jahren vorhanden waren, blieben unberücksichtigt, weil es nicht darauf ankam, die Wohnungsverhältnisse erwachsener Personen, sondern des in kinderreichen Familien heranwachsenden Geschlechts kennenzulernen. Stief- und Adoptivkinder wurden den Kindern einer Familie zugerechnet, nicht dagegen Pflegekinder.

In der Stadt Freiburg wurden insgesamt 1804 kinderreiche Familien mit 8617 Kindern festgestellt. In Mannheim wurden 5977 und in Karlsruhe 2842 solcher Familien mit 29.078 bzw. 13.628 Kindern gezählt. Bei einer Gesamtzahl von 21.938 Familien mit 2 und mehr Personen kommen somit in Freiburg auf 100 Familien 8,2 kinderreiche, für Mannheim 8,3 und für Karlsruhe 7,9, für Augsburg 8,3 und für München 5,6. Wenn man die Zahl der unter 18 Jahre alten Kinder der kinderreichen Familien mit der Gesamtkindenzahl vergleicht, so zeigt sich, daß 25,6 v. H. des Nachwuchses bis zu 18 Jahren auf die kinderreichen Familien entfallen. Wie in Mannheim (26,6 v. H.) und Karlsruhe (24,1 v. H.) entspringt also auch in Freiburg rund ein Viertel der Jugendlichen den kinderreichen Familien.

Im einzelnen gliedern sich diese Familien nach ihrer Kinderzahl wie folgt:

Familien mit Kindern	überhaupt	v. H.
4	960	54,9
5	472	26,2
6	193	10,7
7	86	4,8
8	42	2,3
9	13	0,7
10 und mehr	8	0,4
Zusammen	1804	100,0

Mehr als die Hälfte der kinderreichen Familien haben demnach 4 Kinder, über ein Viertel (26,2 v. H.) 5 und 10,7 v. H. 6 Kinder, während auf die Familien mit 7 und mehr Kindern nur 8,2 v. H. entfallen.

Was die Wohnungsverhältnisse anbetrifft, so wohnt über die Hälfte der kinderreichen Familien (54,3 v. H.) in Kleinwohnungen (2-4 Wohnräume) — darunter 16,8 v. H. in zwei- und dreiräumigen Wohnungen —, nicht ganz ein Drittel (30,3 v. H.) in Mittelwohnungen (5 und 6 Wohnräume) und 15,4 v. H. in Wohnungen mit 7 und mehr Räumen. Jede kinderreiche Familie besteht in der Regel aus mindestens 6 Personen; wenn Vater oder Mutter gestorben ist, aus wenigstens 5 Personen. Da von der Reichsstatistik auch die Küchen als Wohnräume gezählt wurden, so kann als Mindestbedarf für eine kinderreiche Familie eine Wohnung von 4 Räumen angenommen werden. Dieser Mindestbedarf wird in insgesamt 304 Fällen (16,8 v. H.) nicht erreicht.

Von den 1804 kinderreichen Familien bewohnen 1553 oder 86,1 v. H. als Wohnungsinhaber allein eine Wohnung und 43 oder 2,4 v. H. haben Untermieter oder Mitbewohner aufgenommen, davon 106 nur Einzelpersonen. Familien ohne eigene Wohnung wurden 9 (0,5 v. H.) ermittelt. Von der Befragtenzahl der Familien mit 2 und mehr Personen dagegen wohnen 72,8 v. H. allein eine Wohnung, 19,6 v. H. haben in ihre eigene Wohnung Untermieter oder Mitbewohner aufgenommen und 7,8 v. H. wohnen in Untermiete. Wie in Mannheim und Karlsruhe, so sind auch in Freiburg die kinderreichen Familien häufiger im Besitz einer eigenen Wohnung als der Durchschnitt der Familien mit 2 und mehr Personen. Auf der andern Seite aber ist die Wohnfläche in den Wohnungen der kinderreichen Familien oder in Wohnungen, die solche Familien aufgenommen haben, größer als in den Wohnungen insgesamt. 13,5 v. H. der kinderreichen Familien wohnen in Freiburg in überfüllten, d. h. in Wohnungen, in denen auf einen Wohnraum (einschl. Küche) mehr als 2 Personen entfallen; in Mannheim sind es 37,1 und in Karlsruhe 17,3 v. H. Die zweiräumigen Wohnungen sind durchweg überfüllt, ebenso ein großer Teil der drei- und vier-räumigen, während in den Wohnungen mit 5 und mehr Räumen auf einen Wohnraum nicht mehr als 2 Personen treffen. Die durchschnittliche Belegung wird also mit abnehmender Raumzahl der Wohnung größer, mit zunehmender Raumzahl kleiner.

Die Stadtverwaltung Freiburg hat die Versorgung der kinderreichen Familien mit ausreichendem Wohnraum stets, insbesondere aber in der Nachkriegszeit als ihre Hauptaufgabe auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge betrachtet. Bei den Wohnungsübergebungen wurden die kinderreichen immer bevorzugt, soweit die Wohnungen nach Art und Preislage für sie in Betracht kamen. Schon bei einer Feststellung im Januar 1926 waren von 1099 Wohnungen der Stadt und der städtischen Siedelungsgesellschaft 340 oder rund ein Drittel an kinderreiche Familien mit 6 und mehr Personen, und weitere 186 an Familien mit 5 Köpfen vermietet. Von den in den Jahren 1926 bis 1928 von der Stadt und der Siedelungsgesellschaft errichteten 476 Neubaugewohnungen wurden rund 365, in der Hauptsache 3- und 4-Zimmerwohnungen, solchen Familien zugeteilt; etwa 150 Familien wurden in Genossenschafts- und Privatwohnungen untergebracht. Die Stadt Freiburg hat also bisher hinsichtlich der Milderung der Wohnungsnot der kinderreichen ihr Möglichstes getan, und sie wird auch in Zukunft die vorzugsweise Unterbringung der notleidenden Familien bei der Vergabe von Wohnungen sich nach Kräften angelegen sein lassen. St. A.

Kleine Chronik

In Nürnberg hat, wie die B. Z. berichtet, der Schlosser Karl Herrmann seinen 23jährigen Sohn im Verlaufe eines Streites mit einem Kranzweiser erschossen. Der Sohn hatte gedroht, den Vater umzubringen.

In Dortmund hat der Gymnasialist Delere seinen Mitschüler Steinbach erschossen und dann Selbstmord verübt.

Das alte Wahrzeichen Mittelholsteins, die ehrwürdige Kirche in Kellinghusen, ein Bau aus dem Jahre 1154, ist Donnerstagabend aus unbekannter Ursache ein Raub der Flammen geworden. Von dem wertvollen Kirchengestühl konnte nichts gerettet werden.

Bädischer Teil

Neueröffnung des Lehrinstituts für Dentisten

Dank dem weitgehenden Entgegenkommen von Regierung und Stadtverwaltung, und reichlicher geldlicher Unterstützung des Reichsverbandes deutscher Dentisten, hat das 1920 gegründete Lehrinstitut für Dentisten in Karlsruhe in dem Anwesen des früheren Prinzge-Wilhelm-Stifts neue, aufs Modernste eingerichtete Schulräume, erhalten, die nunmehr in Benutzung genommen werden konnten.

Aus diesem Anlaß fand heute, Freitag vormittag, im Festsaal der nur durch einen Garten getrennten Badischen Hochschule für Musik eine feierliche Feier statt. Anwesend waren u. a. die Minister Dr. Kemmle und Dr. Reers, Oberbürgermeister Dr. Finter, Ministerialdirektor Dr. Guber vom Unterrichtsministerium, der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Oberregierungsrat Kauf, Oberregierungsrat Frhr. v. Babo, zahlreiche Krankenkassenvorstände und Vertreter sanitärer Institutionen, eine Reihe von Abgeordneten des Landtages, sowie des badischen und des württembergischen Landtages, mehrere Stadträte und eine stattliche Zahl von Delegierten der verschiedenen Unterverbände des Dentisten-Reichsverbandes.

Umrahmt von künstlerisch hochstehenden Vorträgen eines Konzerttrios hielt der Direktor des Instituts und zugleich Vorsitzender des Reichsverbandes, Kimmig, eine Ansprache, worin er alle Anwesenden herzlich begrüßte und den aufrichtigen Dank an alle Faktoren zum Ausdruck brachte, die zur Errichtung und Neuerrichtung des Institutes tatkräftig beigetragen haben. Der Redner warf einen Rückblick auf den Werdegang des Lehrinstituts, gedachte dabei insbesondere der Verdienste des Innenministers um die Einführung der staatlichen Dentistenprüfung und erläuterte dann in kurzen Jüngen den Bildungsweg des Dentisten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Dentistenberuf sich auf eine strenge Eignungsprüfung gründet, welche die jungen Leute davor bewahrt, daß sie etwa ihren Beruf verfehlen. Die Einrichtung hat sich ausgezeichnet bewährt. Die Ansprache klang aus in das Goethe-Wort: „Dein Streben sei die Liebe, dein Leben sei die Tat!“

Am Ende der Feier schloß sich ein Rundgang, der bei allen Teilnehmern den denkbar günstigsten Eindruck hinterließ.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Kriegsinvaliden Gustav Kirchhöfer in Eutingen für die Rettung eines Kindes vor dem Tode des Ertrinkens die Rettungsmedaille verliehen.

Tagungen

Internationaler Holzarbeiterkongress in Heidelberg

In der Stadthalle zu Heidelberg trat am Donnerstag der 7. Kongress der internationalen Union der Holzarbeiter, die vor 25 Jahren in Amsterdam gegründet worden ist, zusammen. Neben einigen Gästen, unter ihnen Innenminister Kemmle und Oberbürgermeister Dr. Reinsaus, waren 60 Delegierte anwesend, die 22 Organisationen und 15 Länder vertreten. Aus dem Bericht des Vorstands ging hervor, daß die internationale Union in 26 Ländern 50 Organisationen mit über einer Million Mitgliedern umfaßt.

Der Sekretär der Union, Wobenberg, Amsterdam, eröffnete den Kongress. Die Internationale Union umfaßt in 26 Ländern 50 Organisationen mit über einer Million Mitgliedern. In den letzten Jahren ist außerdem auch eine Reihe außereuropäischer Länder beigetreten, so Organisationen in Australien, Neuseeland, Südafrika. Als besonders wichtig wurde der Beitritt der Arbeiter der Eisfelder und Zimmerer in Amerika bezeichnet, die etwa 340.000 Mitglieder umfaßt und auf dem Kongress durch zwei Delegierte vertreten ist.

Nach der Eröffnungsrede des Sekretärs begrüßte Reichstagsabgeordneter Tarnow, der Vorsitzende des etwa 320.000 Mitglieder zählenden Deutschen Holzarbeiterverbandes, den Kongress. Es folgten dann Begrüßungsansprachen durch den badischen Innenminister Kemmle und den Oberbürgermeister Heidelberg, Dr. Reinsaus. — Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, der vom Sekretär als Gründer der Internationalen Union gefeiert wurde, begrüßte den Kongress namens des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Kongress dauert bis Montag. Die Union umfaßt zu Beginn dieses Jahres 50 Verbände in 26 Ländern der ganzen Welt mit einer Gesamtmitgliedszahl von 1.025.299. Davon entfallen auf den Deutschen Holzarbeiterverband 313.000 Mitglieder. Die Tagung bringt Berichte z. B. über eine Umfrage zur Frage einer Verschmelzung der Organisationen der Bau- und Holzarbeiter, ferner Vorträge, so z. B. einen von Michael Kayser, Berlin, über Unfallverhütung in der Holzindustrie.

Tagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft

In diesem Jahre tagt die Hauptversammlung der Deutschen Geologischen Gesellschaft vom 4. bis 7. August in Karlsruhe. Wie üblich, finden außer den wissenschaftlichen Sitzungen auch eine Reihe von Exkursionen statt, die in Nordbaden vom Geologischen und Mineralogischen Institut der Universität Heidelberg, in Mittelbaden unter Leitung des Geologischen Mineralogischen Instituts der Techn. Hochschule Karlsruhe, in Südbaden vom Geologischen Institut der Universität Freiburg und von der Badischen Geologischen Landesanstalt durchgeführt werden. Dem Charakter der Technischen Hochschule entsprechend, ist dieses Mal der einleitende Festvortrag des Geschäftsführers der Versammlung, Professor Dr. W. Kaulke, sowie ein ganzer Verhandlungstag, dem Grenzgebiet zwischen Geologie und Technik gewidmet. Die Vorträge der übrigen Tage beschäftigen sich hauptsächlich mit der Geologie Süddeutschlands; auch für freie Themen ist ein halbtägiger Tag vorgesehen.

Das Programm des Heidelberger Demokratischen Parteitag

Für den 8. Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der vom 4. bis 6. Oktober in Mannheim-Heidelberg stattfindet, ist die vorläufige Tagesordnung nunmehr verfaßt worden.

Sie lautet: 1. Wirtschaftsprogramm. 2. Politischer Bericht (Referent Reichsminister a. D. Koch-Weser, M. D. R.). 3. Die Reparationen und ihre finanz- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen. 4. Bauern- und Mittelstandspolitik (Referent Reichsminister Dietrich, M. D. R.). 5. Organisationsbericht (Referent Dr. Regrot, Hauptgeschäftsführer).

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Nach schwerem Leiden ist der Generalleutnant a. D. Wilhelm Frhr. Seutter von Löben verschieden. Der Verstorbenen war langjähriger Flügeladjutant des letzten badischen Großherzogs.

Wohin braucht man kein Bismarck? Zu unserer gestrigen Notiz wird uns mitgeteilt, daß auch Spanien zu den Staaten gehört, wo man (seit 15. Oktober 1928) kein Bismarck mehr braucht. Dies ist besonders für die Besucher der Weltausstellung Barcelona wichtig.

Ein Karlsruher Staatsanwalt im Züricher See ertrunken. Der Erste Staatsanwalt in Karlsruhe, Dr. Waldemar Herwig, der in der Schweiz seit 8 Wochen weilte und dort seinen Urlaub verbrachte, ist am Mittwoch im Züricher See ertrunken. Der Verunglückte hand erst im 39. Lebensjahre und hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern. Seit 1928 war Herwig bei der Karlsruher Staatsanwaltschaft als Erster Staatsanwalt tätig, nachdem er vorher in Naftatt als Amtsgerichtsrat gewirkt hatte. Seine Examen hatte er im Elfaß bestanden.

Ein Karlsruher bei Wilhelmshaven ertrunken. Beim Baden ertrank gestern nachmittag in der Nähe des Seestrandes, außerhalb des eigentlichen Seestrandes, wahrscheinlich infolge Herzschlags, der Kaufmann Schweizer aus Karlsruhe. Die Leiche konnte erst nach drei Stunden geborgen werden. Die Stelle, an der Schweizer badete, ist gefährlich und deshalb durch Warnungstafeln kenntlich gemacht.

Sommeropereette Konzertsaal. Heute, Freitag, 20 Uhr, ist die erste Wiederholung von „Schwarzwaldbüchel“ mit Maria Brach vom Konacher-Theater in Wien als Pärbele und in der Inszenierung von Direktor Hans Raas.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Infolge anhaltender Zufuhr kühler Luft aus Norden machte der Temperaturrückgang in unserem Gebiet weitere Fortschritte. Heute früh wurden daher in der Ebene nur noch 18 Grad gemessen. In ganz Europa, mit Ausnahme von Italien und den Balkanländern einschließlich Ungarn, herrscht jetzt kühleres Wetter bei ziemlich gleichen Temperaturen (um 8 Uhr 12-16 Grad). Vor Nordwesten breitet sich heber Druck aus, der langsam gegen das Festland vorrückt. Die Niederschläge haben daher nachgelassen. Weitere Abkühlung steht nicht bevor. Wetterausichten: Zeitweise heiter, meist trocken, Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 25. Juli. Bei dem gestrigen Umzug der kommunistischen Partei kam es auf der Straße zwischen R und S und J 2 und J 3 zu Störungen, so daß das Rotrußkommando ausrücken mußte. Zwei Demonstranten wurden zur Feststellung ihrer Verurteilung festgenommen. Da sich eine mehrtausendköpfige Menge angesammelt hatte, mußte die Straße von der Polizei gesäubert werden.

W. Heidelberg, 25. Juli. Für den nach 20jähriger Tätigkeit in den Ruhestand tretenden Kirchenrat Bilg wurde Pfarrer Heinrich Vogelmann in Friedrichstal b. Karlsruhe zum evangelischen Pfarrer des Stadtteils Sandshausheim gewählt. Er ist im 47. Lebensjahr und gehört der positiven Richtung an.

W. Heidelberg, 26. Juli. Geh. Rat Jakob Wille, der bekannte pfälzische Geschichtsforscher, wurde auf dem Heidelberger Bergfriedhofe unter Teilnahme einer großen Trauergemeinde beigesetzt. Unter den offiziellen Anordnungen waren Vertreter der Universität und der Studentenschaft sowie der auswärtigen Bibliothekern. Prof. Dibelius sprach im Namen der Universität Heidelberg, Prof. Sillb für die Universitätsbibliothek, Geh. Rat Baier (Freiburg) für die badische Historische Kommission, Dr. Pfeiffer (Speier) für die Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und namens des Historischen Museums der Pfalz. Prof. Groppinger (Mannheim) legte für den Mannheimer Altertumsverein einen Kranz nieder. Die Trauerrede hielt Stadtpfarrer Dr. Frommel.

W. Wiesloch, 26. Juli. Bekanntlich besitzt Wiesloch das einzige deutsche **Galmei(Zink)bergwerk**. Nun hat man dieser Tage bei Grabungsarbeiten zur Vorbereitung der Gasfernerforschung Spuren eines alten Galmeibergwerks gefunden, von dessen früherem Vorhandensein man keine Ahnung gehabt hat. Abtragsarbeiten können erwähnt werden, daß die Gasfernerforschungsarbeiten unsere Arbeitslosenziffer erheblich gesenkt haben, so daß wir gegenwärtig nur 75 männliche und 86 weibliche Erwerbslose in Wiesloch haben.

W. W. Redarsteinach (bei Heidelberg), 26. Juli. Heute vormittag explodierte ein Schweißapparat, an dem der Schmiedemeister Dehringer und seine beiden Söhne arbeiteten. Dehringer wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Sein ältester, 19jähriger Sohn wurde sofort getötet, sein zweiter Sohn wurde schwer verletzt.

W. Schwetzingen, 26. Juli. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat nunmehr ihre Bedenken gegen die Einrichtung einer Kraftstoffverbindung Schwetzingen-Brühl-Koblhoff-Rheinau aufgegeben und der Postverwaltung mitgeteilt, daß keine Einwendungen mehr seitens der Reichsbahn erhoben werden. Ein Fahrplänenentwurf ist bereits fertiggestellt und man rechnet damit, daß der Verkehr in spätestens vier Wochen aufgenommen werden kann.

W. Freiburg, 26. Juli. Aus Schliengen im Markgräflerland wird gemeldet, daß der Stand der Reben als gut bezeichnet werden muß. Die Hitze der letzten Zeit hat die Entwicklung der Trauben gut gefördert. In verschiedenen Lagen ist der Reife der Reben sehr schön.

W. Neustadt i. Schw., 26. Juli. Im tiefsten Bezirk ist die Heidelbeerernte augenblicklich in vollem Gange. Allgemein heißt es, daß das diesjährige Ergebnis ein sehr gutes sei; es handle sich vorwiegend um durchweg großbeerige und saftige Früchte.

W. Mühlheim, 26. Juli. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen bei der Volksball in Mühlheim wurden nach eingehenden Vernehmungen die beiden Vorstandsmitglieder im Untersuchungshaft genommen. Es wurde gegen sie ein Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr erlassen.

W. Lörrach, 26. Juli. Bei einer kommunistischen Demonstration am 7. Juli in Lörrach waren 26 Teilnehmer in der Rotfrontkämpferuniform erschienen. Diese wurden nunmehr zu einer Gefängnisstrafe von je 8 Monaten verurteilt; zwei der Schuldigen erhielten statt der verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Monat 2 Wochen eine Geldstrafe von 100 Reichsmark. Von den 26 Kommunisten sind 22 aus Lörrach und vier aus der Umgebung.

W. Bruchmühlbach (Pfalz), 26. Juli. Zu der Meldung, daß der Fremdenlegationsrat Ludwig Meßger aus Neilingen bei Schwetzingen bei einem Sturzverstoß erschossen worden sei, erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß Meßger lediglich eine leichte Verwundung erlitten hat. Das Geschloß ist bereits entfernt und der Mann befindet sich im Landstürmer Amtsgerichtsgefängnis.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Juli		25. Juli	
	Seh	Brill	Seh	Brill
Amsterdam 100 G.	168.01	168.35	168.14	168.48
Kopenhagen 100 Kr.	111.67	111.89	111.70	111.91
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.925	21.965
London . . . 1 Pfd.	20.330	20.370	20.336	20.376
New York . . . 1 D.	4.190	4.198	4.191	4.199
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.29	80.75	80.69	80.79
Wien 100 Schilling	59.03	59.15	59.035	59.155
Prag . . . 100 Kr.	12.405	12.425	12.403	12.433

Reichsbankentlastung. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Juli hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 256,4 Mill. auf 4091,1 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 12,9 auf 406,9 Mill. Reichsmark vermindert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen zusammen haben um 88,0 Mill. auf 2426,1 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug sich von 46,8 Proz. in der Vorwoche auf 51,0 Proz., diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 54,9 auf 59,3 Proz.

Berlin-Karlsruher Industriewerke AG. Die General-Rotors G. m. b. H. hat lt. „B. V. Z.“ ihren Pachtvertrag über die Porzellanfabrik, der bis Ende 1930 lief, um 3 Jahre verlängert.

Schneller Schiffsverkehr auf dem Rhein. Ein aus der Initiative der Tanker-AG. Basel entsprungenes und nach den Plänen des Basler Schiffbauingenieurs Rigniter auf einer deutschen Werft erbautes Motortankerschiff „Albatros“ konnte die Strecke Rotterdam—Straßburg mit einer Ladung von 600 Tonnen Petroleum, für die Schweiz bestimmt, in sechs Tagen bewältigen. Diese Leistung ist deshalb bemerkenswert, weil das Schiff das erste dieser Art ist, welches mit eigener Kraft diese Distanz in so kurzer Zeit bis nach Straßburg brachte.

Gemeinde-Rundschau

Zur bevorstehenden Bürgermeistereiwahl in Oppenau. Bei einer Vorbesprechung des Bürgerausschusses zur Bürgermeistereiwahl einigten sich die Parteien, und zwar Bürgerpartei, Zentrumspartei und Sozialdemokratische Partei, auf den Kandidaten Verwaltungsinспекtor Böhinger, Singen a. S. In der Vorbesprechung der Parteien konnte außer der Zentrumspartei eine Einstimmigkeit auf einen Kandidaten nicht erzielt werden.

Der Bürgerausschuß Wallbühl genehmigte die Eintragung eines Nießbrauchsrechts auf das von der Stadt erstellte Jugendwunderheim zugunsten des Verbandes Bad. Jugendherbergen. Die vorher wiederholt abgelehnten Vorlagen über Einführung der allgemeinen Wertzuwachssteuer und Biersteuer kamen diesmal zur Annahme. Die Mittel zum Ankauf des vom badischen Staat zu günstigen Bedingungen angebotenen Amtsgefängnisses wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Lehrkurs im Aufbeschlag an den staatlichen Aufbeschlagsschulen.

Der nächste Lehrkurs an den staatlichen Aufbeschlagsschulen wird am

Montag, den 2. September 1929

beginnen.

Gefügte um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Besuchsteller besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und über den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksämter.

Karlsruhe, den 23. Juli 1929.

Der Minister des Innern.

J. A.: Dr. A. Jung.

Bekanntmachung

Rettung aus Lebensgefahr.

Der Fischer Hans Toletti und Fischerknecht Josef Wolfensperger von Ruhdorf retteten bei starkem Sturm und hohem Seegang am 27. Juni 1928 den Landwirt Albert Birkenmayer von Seefeld, Gemeinde Oberuldingen, im Abersinger See von der Gefahr des Ertrinkens. Ich spreche den Genannten für das bei diesem Rettungswerk bewiesene mutvolle und entschlossene Handeln meine Anerkennung aus. Konstanz, 22. Juli 1929.

Der Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Balingen und Waldshut:
Dr. Hartmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Oberarzt Dr. Rudolf Gauger in Karlsruhe zum Medizinischen Rat als Bezirksarzt in Wiesloch.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen

— Wasser- und Straßenbaudirektion —

Planmäßig angestellt:

die Straßenwärter Johann Braun in Wieblingen, Karl Diehm in Weibstadt, Friedrich Wild in Sinsheim.

In den Ruhestand treten kraft Gesetzes:

Straßenoberbaumeister Hermann Klausner in Bruchsal, Schiffsführer Georg Weh in Mannheim, Straßenwärter Sebastian Seiber in Wiesental und Straßenwärter Martin Wölfl in Donaueschingen.

Entlassen auf Ansuchen:

Straßenwärter Emil Jäger in Grafenhausen.

Gestorben:

Straßenwärter Albert Huber in Zinnenstadt.

BESONDERS BILLIGE REISE-ARTIKEL

während unseres Saison-Ausverkaufs!

Kupeeckoffer wasserfeste Hartplatte ringsherumgehende Schiene, 2 Sprungschlösser
75 70 65 60 55 50 cm
6,50 5,90 5,50 4,90 4,75 4,50



Kupeeckoffer echt „Lehna-Vulkan“, glatt, neurol und dunkelblau — Saffianarben, Ledergriff — Packgurte
cm 75 70 cm 65 cm 60 cm 55 cm 50 cm
11,80 10,80 9,80 8,90 7,90 7,50

Kupeeckoffer Echt Vulkanfaser sehr dauerhaft und leicht, glatt, havannafarbig, Patentledergriff, Packgurte
75 70 65 60 55 50 cm
11,80 11,25 10,50 9,80 9,25 8,75

Vollrindlederkupeeckoffer schwere Verarbeitung, Deckeltasche, Packriemen
65 60 cm
38,50 36,00



Damenhutschachtel, Autolack, weiche Verarbeitung, bunt, Stofffutter, sehr leicht, am Arm zu tragen
40 35 30 cm
8,50 7,50 6,90

Schirmhüllen, Autolack, weill (Raum für 4 Schirme)
5,90

Reisehandtasche, Autolack, weiche Verarbeitung, hell Leder-Einfaß, Reißverschluss
35 30 25 cm
9,50 8,50 7,50

Reiseapotheke mit Lederbeutel 6,50

Handschrankkupeeckoffer praktisch sehr leicht, 24,00 36,00 45,00

Motorradkoffer mit Lederriemen 8,90

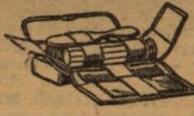
Schuhputzetuis Leder, komplett 4,50 3,50

Schuhputzetuis komplett 1,75

Schuhhüllen Paar 1,50

Weekendkofferchen mit Sprungschloß 35 cm 1,50 33 cm 1,25 30 cm 95 Pf

Weekendkofferchen mit Schiene und Sprungschlösser 1,90 1,75 1,50

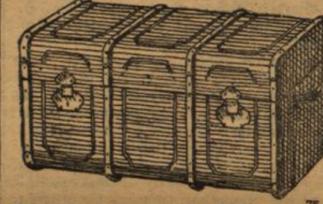


Reisecessaire Leder mit Reißverschluss 6 teilig 14,50 5 teilig 10,50

Reisecessaire mit guter reicher Füllung 12,50

10,50 8,50 5,90 4,90

Bahnkoffer Kabinenform 1 Einsatz 30,50 29,50 27,50



Bahnkoffer hohe Form
110 100 cm
39,- 36,-
90 80 cm
33,- 29,-

Bügelkoffer wasserfeste Hartplatte 75 70 65 cm
Hartholzbügel, Patentgriff, Packgurte 9,50 8,90 8,50

Bügelkoffer extra hohe Form, glatt, Vulkanplatte, polierte Hartholzbügel mit Nickelbeschlag, Ledergriff
80 cm 17,50 75 cm 16,50 70 cm 15,50

Handkoffer Autolack, mit 45 cm 42 cm 39 cm 36 cm
Ledergriff, Kunstseidenfutter 10,80 10,25 9,50 8,50

Echt Japan-Reisetaschen mit Stulpecken, prima Lederung
55 60 65 70 75 cm
6,25 7,50 8,50 10,50 11,50

Luftkissen 3,50 2,50 1,90

Kragenbeutel Leder 4,50 3,90 2,75

Kragenbeutel Rohseide 2,50

Reisekleiderbürste im Lederbeutel 0,95

Handkoffer offenkantig genäht, glatt, iuchtenfarbig, Fantasiefutter Ledergriff 5,90 4,50 4,90 4,50

Handkoffer glatt, beige, offenkantig genäht, vom Lederkoffer nicht zu unterscheiden, Stofffutter, Deckelstrupptasche, Ledergriff
50 45 40 35 cm
9,50 8,50 7,90 6,90

KNOPF

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung

BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Abbrucharbeiten!
Im Auftrage des Bauherrn soll der Abbruch des neuen Kollegengebäudes in Heidelberg in öffentlicher Submission vergeben werden. Die Unterlagen können gegen Erstattung der Selbstkosten von 30 Pf. von den untenstehenden Architekten bezogen werden. Einlieferungstermin der Angebote mit entsprechender Aufschrift versehen bis 1. August 1929 an die Unterzeichneten, vormittags 10 Uhr. Zuschlagsfrist 10 Tage.
Karlsruhe, den 23. Juli 1929. 714
Prof. Dr. O. Gruber u. G. S. Gutmann Architekten, Amalienstraße 69.

6%ige Kohlenwertanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1923.
Die nach dem Tilgungsplan auf 1. November 1929 zur Heimzahlung gelangenden Stücke der Mannheimer Kohlenwertanleihe sind von der Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.
Mannheim, den 16. Juli 1929. 713
Der Oberbürgermeister.

Verdingung
Die zum Neubau Postkraftwagenhof in Forzheim erforderlichen Eisenbetonarbeiten und Lieferung von Eisenklinkern für Sichtflächenverblenden sollen im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden.
Zeichnungen, Massenberechnung, Vertragsbedingungen und Preisverzeichnisse liegen bei der

Bauleitung für Neubau Postkraftwagenhof Forzheim zur Einsicht aus und können daselbst zum Preise von 2 M für jede Ausfertigung Eisenbetonarbeiten und 1 M für jede Ausfertigung Eisenklinkerlieferung bezogen werden.
Die Angebote sind unterschrieben und verschlossen mit der Aufschrift: Angebot auf: Eisenbetonarbeiten bzw. Eisenklinkerlieferung an die Bauleitung in Forzheim frankiert einzusenden. Die Angebote auf Eisenbetonarbeiten werden in Gegenwart der etwa erscheinenden Bieter den 12. August 1929, vormittags 10 Uhr, diejenigen auf Klinkerlieferung am gleichen Tage, vorm. 11 Uhr, bei der Postbauleitung geöffnet. Zuschlagsfrist 4 Wochen, vom Tage der Eröffnung der Angebote an gerechnet.
Falls Feins der Angebote für annehmbar befunden wird, bleibt die Ablehnung sämtlicher Angebote vorbehalten.
Forzheim, 25. Juli 1929.
Der örtliche Bauleiter.

Leser Bücher Wissen ist Macht!

Detektiv-Institut n. Privat-Hausknecht
Argus Mannheim
Planken 6, 6
Schloßstraße 333/305
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Stadt. Konzerthaus Gommeroperette
Freitag, den 26. Juli
S. Galkpiel Maria Prach
Schwarzwaldmädel
Operette von Leon Jessel
Dirigent: **Dir. Hans Baars**
Kunst Carl Frieß
Anfang 20 Uhr 679
Ende nach 22 1/2 Uhr.